

## 15 Jahre Jugend und Wirtschaft: Ein Projekt der F.A.Z. und des Bundesverbandes deutscher Banken

# Schäuble fordert mehr Wirtschaftsbildung in der Schule

Wer etwas von Wirtschaft versteht, wird seltener Opfer von Demagogen und Populisten. Das sagte der Finanzminister auf der Preisverleihung von Jugend und Wirtschaft.

lib. BERLIN, 17. September. „Kluge Köpfe müssen eine Gedichtanalyse und Wirtschaft können.“ Das sagte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) in seiner Festrede anlässlich der Preisverleihung im Schülerprojekt Jugend und Wirtschaft, das die Frankfurter Allgemeine Zeitung seit 15 Jahren gemeinsam mit dem Bundesverband deutscher Banken veranstaltet. Schäuble spielte auf eine Twitter-Mitteilung der Schülerin Naina an, die im Januar für viel Aufsehen gesorgt hatte. Naina hatte beklagt, eine Gedichtanalyse in vier Sprachen zu können, aber nichts von Steuern, Mieten und Versicherungen zu verstehen. Der Minister forderte die anwesenden Schüler auf, sich weiter um das Verstehen wirtschaftlicher Zusammenhänge zu kümmern. „Dann können Sie besser beurteilen, was Regierungschefs und Finanzminister tun.“ Ohne breites Wirtschaftswissen wüchsen Apathie und Verdrossenheit. Nichtwissen würde schneller zu Opfern von Demagogen und Populisten. „Demagogen leben von Versprechen, die sie nicht einhalten können“, warnte Schäuble.

Das vier von zehn Schülern von Wirtschaft nichts verstünden, wie die aktuelle Jugendstudie des Bankenverbands ergeben hat, bedauerte der Minister. „Das sind vier zu viel.“ Schäuble forderte deshalb mehr Wirtschaftsbildung in der Schule und lobte, dass Jugend und Wirtschaft das Wirtschaftswissen junger Menschen fördere. In jedem Schuljahr beschäftigen sich in diesem Projekt rund 1200 Schüler der Oberstufe mit dem Wirtschaftsteil der F.A.Z.; zudem schreiben sie Artikel, von denen die besten im Wirtschaftsteil auf einer eigenen Seite abgedruckt werden (siehe auch Seite 18.)

Karl Dietrich Seikel, der Vorsitzende des Kuratoriums der FAZIT-Stiftung, der Mehrheitsgesellschafterin der F.A.Z., hob hervor, wie wichtig es ist, dass junge Menschen Zeitungen lesen. „Nur wer sich mit Medien beschäftigt, kann Nachrichten sowie politische, wirtschaftliche und kulturelle Ereignisse verstehen und einordnen.“ Michael Kemmer, Hauptgeschäftsführer im Bundesverband deutscher Banken, freute sich über „15 gute Jahre Jugend und Wirtschaft“. Die Qualität vieler Schülerartikel sei herausragend. Kemmer hoffte, dass viele Projektteilnehmer erkannten, wie spannend Wirtschaft sei (siehe auch nebenstehendes Interview).

F.A.Z.-Herausgeber Holger Steltzner nannte die Zahl von 892 Schülerartikeln, die bisher im Wirtschaftsteil der F.A.Z. auf 209 Jugend- und Wirtschaft-Seiten erschienen seien. Einschließlich des neuen Jahrgangs, der nun beginne, zähle man rund 20000 Projektteilnehmer. In seiner Laudatio hob Steltzner die Leistungen der diesjährigen Preisträger hervor. Er zeigte sich von ihrer Themenwahl, ihrer Beharrlichkeit und ihrem Fleiß beeindruckt. Die Preise für die besten Einzelleistungen gingen in diesem Jahr an Nele Gromes vom Landgraf-Ludwigs-Gymnasium in Gießen, an Michael Kallenberg von der Katholischen Schule Liebfrauen in Berlin und an Kira Knauer vom Arnold-Gymnasium in Neustadt bei Coburg. Für die besten Gesamtleistungen wurden das Berufskolleg aus Siegburg, das Landgraf-Ludwigs-Gymnasium in Gießen und das Bonner Tannenbusch-Gymnasium ausgezeichnet.

Susanne Gerstmeyer, Projektlehrerin der ersten Stunde, lobte in einer Rede, dass mit dem Projekt Schüler zu Lesern würden. „Das macht sie natürlich nicht dümmer.“ Zudem, und das fand die Lehrerin an der Katholischen Schule Liebfrauen besonders wichtig, helfe das Projekt, die Dichotomie von Schule und Leben zu überwinden. Schule sei oft immer noch Elfenbeinturm und auch Schonraum. „Dem wirkt das Projekt entgegen, indem es einerseits das Leben in die Schule holt und andererseits die Schule ins Leben bringt.“ Die Recherche führe die Schüler hinaus in Unternehmen, wodurch sie ihre sogenannten Soft Skills entwickelten. Sie lernten Beharrlichkeit und auch mal, Umwege zu gehen. Die Recherche eines Artikels sei fast wie ein kleines Praktikum.



Ein gewinnendes Wesen: Preisträgerin Kira Knauer vom Arnold-Gymnasium in Neustadt bei Coburg. Ihr gratulieren (von links): F.A.Z.-Herausgeber Holger Steltzner, der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes deutscher Banken, Michael Kemmer, und der Vorsitzende des Kuratoriums der FAZIT-Stiftung, Karl Dietrich Seikel.

Fotos Matthias Lüddecke



Wolfgang Schäuble

## Schüler sind irgendwie komisch

Das IZop-Institut in Aachen betreut Jugend und Wirtschaft pädagogisch. Der verantwortliche Mitarbeiter Titus Maria Horstschäfer hat einige Schülerzitate zusammengestellt:

► „Mittlerweile haben die Mitarbeiter der neuen Abteilung alle Hände voll zu tun.“ (aus einem Artikel über eine Klinik, die auf Brustvergrößerungen spezialisiert ist)

► „Schätzungsweise gibt es 155 000 Blinde und 500 000 sehbehinderte Menschen in Deutschland. Die Dunkelziffer ist wahrscheinlich größer.“

► „Ein Thema wird in Waldorfschulen so lange durchgenommen, bis es jeder verstanden hat.“

► „Weiterhin habe ich einen Fan interviewt nach dem letzten Heimspiel des

FC Hansa Rostock, doch dieser war zu enttäuscht, mir nähere Auskünfte zu geben.“

► „Die Hälfte der Kunden sind männliche Sammler, der Rest sind häufig Frauen...“

► „Für jeden Geschmack ist etwas dabei.“ (aus einem Artikel über den Markt für Kondome)

► „Anfangs stieß er auf Skepsis und hatte es schwer, sich gegen seine Kunden durchzusetzen.“

► „Wir können davon ausgehen, dass 95 Prozent der F.A.Z.-Leser gebildet sind. Die anderen 5 Prozent sind die Teilnehmer dieses Projekts.“

► „Ökonomische Fragestellungen interessieren mehr die ältere Generation, die hat mehr Geduld und Zeit.“

## Not und Enttäuschung treiben Albaner nach Deutschland

Weiterhin kommen mehr Flüchtlinge vom Westbalkan als aus Syrien / Reisen ohne Visumpflicht

itz. WIEN, 17. September. Die Fokussierung auf die Flüchtlinge aus Syrien verstellte den Blick darauf, dass nach wie vor die meisten Migranten aus den Westbalkan-Staaten kamen. Zwar hat sich im August der Zustrom aus dem Kosovo, aus Mazedonien und Serbien abgeschwächt. Zugleich ist aber die Zahl der Menschen, die aus Albanien nach Deutschland kamen, im Vergleich zum Juli um mehr als 9 Prozent gestiegen. Sie hat damit ähnlich stark zugenommen wie die der syrischen Flüchtlinge. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zählte im August 10 100 Asyl-Erstanträge von Syrern und 8200 von Albanern – wobei Syrien achtmal so viele Einwohner hat wie Albanien. Insgesamt stammten mehr als ein Drittel aller Asylbewerber vom Westbalkan, also aus Albanien, Serbien, Mazedonien, dem Kosovo, Bosnien und Montenegro.

Sowohl in der Monatsstatistik als auch in den Daten zum Jahresverlauf liegt Albanien nun an zweiter Stelle hinter Syrien und hat das Kosovo auf den dritten Rang verdrängt. Albanien und das Kosovo, wo ebenfalls überwiegend Albaner leben, sind auch die Länder mit dem stärksten Anstieg: Die Zahl der Antragsteller aus Albanien hat sich zwischen Januar und August im Vorjahresvergleich verdreifacht.

Warum fliehen so viele Menschen ausgerechnet aus Albanien? Der Auslöser für den plötzlichen Anstieg dürften Gerüchte und missverständliche Nachrichten gewesen sein, dass Deutschland dringend Fachkräfte brauche. Hinzu traten Informationen von Kosovo-Albanern, die im ersten Quartal zu Tausenden nach Deutschland gereist waren und von dort Positives berichteten. Offenbar auch, dass sich die Reise finanziell lohne und die Abschiebung auf sich warten lasse. Dieser Eindruck sei nicht ganz falsch, sagt die albanische Ökonomin Isilda Mara, die am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche WIIW forscht. Das Taschengeld und die anderen Leistungen, die Asylbewerber erhielten, überstiegen ihre bisherigen Bezüge oft erheblich. „Die Anreize sind hoch, zumal sich die Antragsbearbeitung und die Rückführung hinziehen.“ Albanien war bisher kein „sicherer Herkunftsstaat“ mit beschleunigter Abwicklung. Für eine vierköpfige Familie stelle Deutschland 600 Euro im Monat zur Verfügung, rechnet Mara vor, der Mindestlohn in Albanien betrage nur ein Viertel davon. Der Durchschnittslohn erreichte 300 Euro, kaufkraftbereinigt 680 Euro. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Kopf gibt das WIIW mit 7700 Euro im Jahr an. In Europa sind nur die Ukraine, Bosnien-Herzegowina und das Kosovo ärmer als Albanien.

Neben diesen „Pull-Faktoren“, welche die Menschen nach Deutschland ziehen,

benennt Mara auch etliche „Push-Faktoren“, die sie aus Albanien herausstreiben. Dazu gehöre die Arbeitslosenquote von 18 Prozent, die unter Jugendlichen fast doppelt so hoch sei. Hinzu komme die Krise in Griechenland. Hunderttausende Albaner arbeiteten dort und in Italien, kehrten diesen Ländern aber den Rücken, sobald sie ihren Arbeitsplatz verlor. 2015 seien 180 000 Personen zurückgekehrt, einige hätten sich nach Deutschland aufgemacht. Diese Entwicklung spiegle sich im starken Rückgang der Rimesen, die fast



Andrang: Flüchtlinge in Berlin

Foto Matthias Lüddecke

## Überfordertes Kroatien

Da Ungarn seine Grenzen geschlossen hat, strömen immer mehr Flüchtlinge von Serbien nach Kroatien. Von dort wollen sie weiter über Slowenien nach Österreich und Deutschland. Doch Ökonomen bezweifeln, dass Kroatien und Slowenien, die einzigen EU-Mitglieder im ehemaligen Jugoslawien, dem Ansturm gewachsen sind. „Sie sind höchstens auf ein paar Tausend Menschen vorbereitet“, sagt Hermine Vidovic, Volkswirtin am Fachinstitut WIIW in Wien. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass sie die Lage im Griff behalten, wenn der Strom anschwillt.“ Noch reichten die Busse, die Verpflegung und die Sicherheitskräfte aus, „aber letztlich sind die Länder überfordert wie alle Transitländer“. Kroatien steckt seit sechs Jahren in

ein Zehntel der Wirtschaftsleistung ausmachen: 2007 hätten die Auslands-Albaner 950 Millionen Euro nach Hause überwiesen, 2014 nur noch 590 Millionen. Das BIP des Landes mit 2,9 Millionen Einwohnern ist 2014 real um 1,9 Prozent gewachsen. Für die kommenden Jahre erwartet das Institut in Wien 2 bis 2,4 Prozent.

„Das Wachstum ist viel zu gering für das Entwicklungsniveau“, sagt Frank Hantke, BÜroleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tirana. „Es reicht nicht aus, um den Leuten eine Perspektive im eigen-

en Land zu bieten.“ In den Städten sehe man die Armut nicht gleich, vor allem in den Ausgehvierteln der Hauptstadt nicht. Aber etwa abseits davon sei die Lage oft jämmerlich. Die Auswanderung erklärt Hantke auch mit der Enttäuschung über die Regierung des sozialistischen Ministerpräsidenten Edi Rama. „Die Versprechungen und die Erwartungen waren groß, die Ernüchterung treibt jetzt manchen davon.“ Hantke beobachtet eine „Verödung der ländlichen Gemeinden“, wo es weder in der Bildung noch in der Infrastruktur vorangehe. Gleichzeitig sehe sich die kleine städtische Mittelschicht um ihre Aufstiegschancen geprellt: Die meisten interessanten Arbeitsplätze besetze die Regierungspartei. Thomas Schrapel, BÜroleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Tirana, hat beobachtet, wie sehr sich das bäuerlich geprägte Nordalbanien benachteiligt fühlt. Dort sei die Bevölkerung traditionell antisozialistisch und daher gegen die Regierungspartei PS eingestellt.

Möglicherweise hätten nach dem Sieg der PS in den Kommunalwahlen Ende Juni die Menschen in dieser Region die letzte Hoffnung verloren und deshalb die Koffer gepackt. „Man könnte hier von politisch motivierten Wirtschaftsflüchtlingen sprechen“, sagt Schrapel.

Verlässliche Daten zu den Gründen und der Herkunft der Migranten gebe es jedoch nicht. Alle Fachleute weisen darauf hin, dass informelle Informationskanäle eine zentrale Bedeutung spielen. Man glaube Nachbarn, Verwandten, Kollegen, dass sich die Reise nach Deutschland auszahle. Hingegen misstrauen man den gegenteiligen Angaben der Regierung und auch den deutschen Kampagnen in Albanien. Der Botschafter wird nicht müde, in allen Medien klarzustellen, dass Albanien keinen Asylanspruch hätten und zurückgeschickt würden. Gleichzeitig hat das BAMF Anzeigen geschaltet, die warnen: „Ruiniere Sie nicht Ihre Lebensgrundlage und die Zukunft Ihrer Kinder!“ Doch KAS-Mann Schrapel ist skeptisch: „Diese Art der Aufklärung bringt nicht viel, das erreicht kaum jemand.“ Erst wenn die Anreize reduziert und die Rückführung aus Deutschland beschleunigt würden und erst wenn sich dies herumspreche, dürfte der Strom so abebben wie im Kosovo.

Technisch ist es für Albaner viel einfacher, nach Deutschland zu reisen, als für Migranten aus vielen anderen Ländern. Denn für sie besteht in der EU keine Visumpflicht. Deshalb müssen sie sich nicht illegal und mit Hilfe teurer Schlepper über die „Balkan-Route“ durchschlagen. Wer Geld hat, besteigt ein Flugzeug, andere nehmen die Fähre nach Italien oder den Bus über Montenegro ins EU-Land Kroatien.

## Erleichterungen für Athen kosten Milliarden

ppl. FRANKFURT, 17. September. Die angekündigten Schuldenerleichterungen für Griechenland, über die die Hilfskreditgeber im Herbst verhandeln wollen, werden die Steuerzahler Europas eine zweistellige Milliardensumme kosten. Das geht aus Modellrechnungen des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel hervor, die am Donnerstag veröffentlicht wurden. Die ausstehenden Hilfskredite betrugen derzeit nominal 184 Milliarden Euro. Da die Zinsen aber weit unter dem marktüblichen und risikoadäquaten Niveau liegen und zudem Zinszahlungen und Tilgung für viele Jahre gestundet sind, liege der Gegenwartswert der künftigen Rückzahlungen weit unter diesem Wert. Das IfW errechnet bei einer Diskontrate von 5 Prozent einen Barwert von nur 87 Milliarden Euro. Das heißt, dass fast 100 Milliarden Euro faktisch erlassen werden durch die Vorzugsbedingungen. „Der Schuldenerlass findet längst statt“, sagte der IfW-Ökonom Stefan Kooths. Würden die Laufzeiten der Hilfskredite nun nochmals um 20 oder gar 30 Jahre verlängert, wie es der Internationale Währungsfonds vorgeschlagen habe, sinke der Gegenwartswert der Rückzahlungen weiter, auf 43 Milliarden Euro oder gar nur 30 Milliarden Euro.

## Kurze Meldungen

### Unternehmen investieren mehr

Die deutschen Unternehmen werden mutiger. Das zeigt eine aktuelle Umfrage der Deutschen Bank unter 400 Führungskräften. Demnach wollen 91 Prozent noch in diesem Jahr investieren – etwa mehr als zwölf Monate zuvor. Besonders ausgeprägt ist die Investitionsneigung bei Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 25 Millionen Euro. Der Mittelstand sei optimistisch und nutze die niedrigen Zinsen, sagte Oliver Bortz, Leiter Firmenkunden der Deutschen Bank.

### Keine Gema-Gebühr

Gemeinschaften von Wohnungseigentümern müssen der Gema keine Gebühren bezahlen, wenn sie Fernseh- und Radioprogramme über Satellit empfangen und über Kabel in der Wohnanlage verteilen. Der Bundesgerichtshof wies eine entsprechende Klage der Verwertungsgesellschaft ab. Auch bei mehreren hundert Wohnungen handele es sich nicht um eine „öffentliche Wiedergabe“, für welche die Künstler und Senderunternehmen eine Vergütung verlangen könnten. In dem Rechtsstreit verlangte die Gema rund 1000 Euro pro Jahr für ein Münchner Hochhaus (Az.: I ZR 228/14).

Michael Kemmer, Bankenverband

## Wirtschaft geht alle an

Der Hauptgeschäftsführer des Bankenverbandes fordert ein Schulfach Wirtschaft.

Herr Kemmer, warum engagiert sich der Bankenverband schon so lange im Projekt Jugend und Wirtschaft?

Weil wir junge Menschen für das Thema Wirtschaft begeistern möchten. Es ist spannend und vielfältig – und geht alle an. Nur wer weiß, welche Prinzipien der Wirtschaft zugrunde liegen und warum, versteht die Welt, in der wir leben, und kann sich sicher in ihr bewegen. Es liegt uns am Herzen, dass junge Menschen zu verantwortlichen Verbrauchern werden, die gut überlegte Entscheidungen, zum Beispiel was ihre Altersvorsorge oder ihre Geldanlage angeht, treffen können.

Lernen Schüler in Deutschland genug über Wirtschaft?

Nein. Wie wir gerade wieder in unserer Jugendstudie herausgefunden haben, weiß das Wirtschaftswissen der jungen Generation noch immer bedenkliche Lücken auf, auch wenn sich die Kenntnisse verbessert haben. Ein Beispiel: Weniger als die Hälfte der Befragten wusste, dass die Europäische Zentralbank für die Sicherung der Preisstabilität in der Eurozone verantwortlich ist. Von „dem, was an der Börse geschieht“, gaben sechs von zehn Jugendlichen zu, keine Ahnung zu haben. Es besteht also weiterhin Handlungsbedarf. Was mich aber freut: Rund ein Drittel der Jugendlichen zeigt ein starkes Interesse an wirtschaftlichen Themen.

Was muss vor allem getan werden, um die Wirtschaftsbildung zu verbessern?

Es reicht nicht, dass Wirtschaft in irgendeiner Form auf den Lehrplänen steht und zum Beispiel im Fach Gemeinschaftskunde mitunterrichtet wird. Wirtschaftswissen muss von ausgebildeten Fachlehrern als ganzheitliches Thema flächendeckend in Deutschland unterrichtet werden. Es ist dabei nicht unser Ziel, eine Generation von Börsenexperten oder Spezialisten für Makroökonomie heranzuziehen. Es geht um die Vermittlung von grundlegendem Wirtschaftswissen.

Die Fragen stellte Lisa Becker.

## Entschädigung auch bei technischer Panne

ija. BERLIN, 17. September. Luftfahrtunternehmen müssen ihre Passagiere auch dann für die Streichung eines Fluges entschädigen, wenn diese auf unerwartete technische Probleme zurückzuführen ist. Der Europäische Gerichtshof entschied am Donnerstag, auch solche Vorfälle gehörten zum normalen Geschäft der Branche. Geklagt hatte eine Holländerin. Die Gesellschaft KLM hatte ihren Flug von Ecuador nach Amsterdam annulliert, weil eine Kraftstoffpumpe sowie eine Hydraulikvorrichtung defekt waren. Die Frau kam daher 29 Stunden später als geplant an ihrem Reiseziel an. Die Luxemburger Richter stellten allerdings klar, dass die Fluggesellschaften bei wirklich außergewöhnlichen Umständen keine Betreuung- und Ausreiseleistungen zahlen müssen. Das sei etwa bei Terroranschlägen und Sabotageakten der Fall; ebenso wenn ein verdeckter Fabrikationsfehler entdeckt werde. Nach einer EU-Verordnung können Fluggäste bei Verspätungen von mehr als drei Stunden sowie bei Flugausfällen in der Regel eine Entschädigung von dem Anbieter verlangen. Sie beträgt je nach Entfernung 250 bis 600 Euro. Der Gerichtshof wies zudem darauf hin, dass die Gesellschaften die Verursacher in Regress nehmen könnten (Az.: C-257/14).

### Schuldenerlass rückt näher

Die Ukraine kommt in ihrem Bemühen um eine milliardenschwere Umschuldung voran. Das Parlament verabschiedete am Donnerstag ein Gesetzespaket, das Voraussetzung für das Vorhaben ist. Nach hitziger Debatte stimmten jeweils mehr als 300 Abgeordnete für die drei Gesetze; notwendig waren mindestens 226 Stimmen gewesen. Regierungschef Arsenij Jazenjuk sagte, das Gesetzespaket sei der Schlüssel für Wirtschaftswachstum, ausländische Investitionen, mehr Arbeitsplätze und einen höheren Lebensstandard in der Ukraine. Gegner sprachen indes von zu geringen Schuldenerleichterungen.

### Japans Exporte schwächeln

Die japanischen Exporte wachsen langsamer. Im August nahmen sie nur noch um 3,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat zu, wie das Finanzministerium am Donnerstag in Tokio mitteilte. Im Juli hatte es noch ein Plus von 7,6 Prozent gegeben. Hauptgrund für das geringere Tempo: Die schwachen Ausfuhr nach China, dem wichtigsten Handelspartner: Sie fielen um 4,6 Prozent. Besonders die Nachfrage nach den Exporterschlagern Autos und Elektronik ging dabei zurück.